



## **Solide Finanzen bleiben auch in Zukunft unsere Priorität**

(Beschluss vom 14. Juli 2020)

Eine solide Finanzpolitik gehört zum Markenkern der CDU. Unsere solide Finanzpolitik der vergangenen Jahre hat die Grundlage dafür geschaffen, dass Bund und Länder in der Corona-Krise schlagkräftig handeln können. Wir haben uns finanzielle Spielräume erarbeitet, die wir jetzt nutzen können, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abzumildern. So können wir gegenwärtig stabilisierend eingreifen und uns das umfassende „Kraftpaket“ leisten.

Ausgeglichene Haushalte („Schwarze Null“) und die grundgesetzliche Schuldenbremse sind wichtige Leitplanken für die Finanz- und Haushaltspolitik der Gegenwart und der Zukunft. Daher ist klar: Solide Finanzen haben für uns auch künftig eine hohe Priorität. Sobald unsere Volkswirtschaft stabilisiert ist, werden wir die aufgenommenen Kredite im Rahmen eines verpflichtenden generationengerechten Tilgungsplans ab dem Jahr 2023 zurückzahlen.

Wir streben ausgeglichene Haushalte und die Einhaltung europäischer Stabilitätskriterien an. Denn nur so können wir auch in Zukunft handlungsfähig sein und auf Krisensituationen wie die aktuelle entsprechend reagieren und agieren. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise haben wir ein Jahrzehnt gebraucht, um die gesamtstaatliche Schuldenquote auf unter 60 Prozent zu reduzieren und damit das Maastricht-Kriterium zu erfüllen. Das sollte auch nach dieser Krise unser Ziel sein.

Das Wiedererreichen dieser haushalts- und finanzpolitischen Ziele ist wesentlich für die Stabilisierung privater Investitionen und ein gutes Wirtschaftswachstum in Deutschland. Wenn wir das Vertrauen in die Solidität der deutschen Finanzpolitik stärken, kann die Wirtschaft gedeihen. Es ist auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit: Eine solide Haushalts- und Finanzpolitik muss stets die kommenden Generationen im Blick behalten. Denn unser Ziel ist es, die Handlungsspielräume für unsere Kinder und Enkel zu vergrößern, anstatt ihnen Schulden und damit Belastungen aufzubürden. Daher sollen öffentliche Haushalte unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Dazu gehört, auch die implizite Staatsverschuldung zu berücksichtigen.

Auch für Europa bleibt eine solide Finanzpolitik wichtig. Der europäische Wiederaufbaufonds zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ist ein starkes und richtiges Signal für Solidarität in Europa. Die Stabilisierung der europäischen Wirtschaft nützt auch der deutschen Volkswirtschaft. Deshalb ist darauf zu achten, dass die zusätzlichen Mittel wachstumsorientiert und mit einem europäischen Mehrwert eingesetzt werden. Das Europäische Parlament und der Europäische Rechnungshof müssen die Mittelvergabe und -verwendung streng kontrollieren. Dazu ist eine regelmäßige Berichterstattung über die Verwendung der Mittel an das Europäische Parlament notwendig. Ebenso wie in Deutschland brauchen wir für Europa einen verpflichtenden Tilgungsplan zur Rückzahlung der aufgenommenen Kredite. Die Tilgung sollte in der anstehenden europäischen Haushaltsperiode beginnen.